

Titel der Drucksache:

Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung

Drucksache

1399/13

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	11.09.2013	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt:

Die Landeshauptstadt Erfurt strebt fortgesetzt Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung bzw - bekämpfung an. Zu diesem Zwecke wird

- unter der Moderation des Oberbürgermeisters und Beteiligung des Hauptausschusses ein Leitfaden, Ehrenkodex o.ä. erarbeitet.
- In Umsetzung dieses Beschlusses legt der Oberbürgermeister dem Stadtrat bis zum Dezember 2013 einen beschlussfähigen Entwurf bzw. mehrere Varianten vor.

14.08.2013, gez. Grünschneder

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja → ↓	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2013	2014	2015	2016
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt/Begründung

Nachlassende Beteiligung an Wahlen und sinkende Mitgliederzahlen in den Parteien sind ein Alarmzeichen für unsere Demokratie. Meinungsumfragen zeigen, dass die Mehrheit der Deutschen die Bekämpfung der Korruption gerade in der Politik am wichtigsten findet.

Der vorgelegte Antrag verfolgt weder direkt noch indirekt das Ziel, Politiker anzuprangern und der verbreiteten Politikerverdrossenheit Vorschub zu leisten. In aller Welt sind aber die katastrophalen Folgen für ein Gemeinwesen bekannt, wenn die Politiker das Vertrauen der Bürger verloren haben.

Insbesondere die Interessenabhängigkeiten zwischen Politikern und Wirtschaft sind in Deutschland nicht hinreichend transparent und daher anfällig für Korruption. Deshalb sollte es besonders dem Stadtrat einer Landeshauptstadt darum gehen, eine spürbare Verbesserung der Transparenz herbeizuführen und diese auch zu leben. Dabei stehen vor allem folgende Absichten im Vordergrund:

- das Vertrauen der Bevölkerung in die Politiker und in die Politik stärken,
- die große Mehrzahl der Politiker, die sich ehrenhaft verhalten, schützen und
- die Motivation von Menschen stärken, sich in der Politik zu engagieren.

In Deutschland sind Maßnahmen gegen Korruption keine Seltenheit mehr und werden sicher in den nächsten Jahren verstärkt eine Rolle spielen. Die genutzten Möglichkeiten sind verschieden: So existieren Leitlinien, Selbstverpflichtungen, Ehrencodex u.a.m. In Köln beispielsweise gibt es einen Ehrencodex. Wegweisend dürften unter anderem die Maßnahmen in der Stadt Hilden (NRW) sein. In der dortigen Stadtverwaltung wurden zunächst Maßnahmen ergriffen, um auf das Thema "Korruptionsprävention" aufmerksam zu machen. Man begann damit, die geltende Dienstanweisung zur Vorbeugung von Korruption zu überarbeiten und sogenannte "Verhaltensregeln" für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzustellen. Diese Verhaltensregeln sehen beispielsweise vor, dass Beschäftigte der Stadtverwaltung grundsätzlich keine Geschenke annehmen dürfen, es sei denn, die jeweiligen Vorgesetzten genehmigen dies ausdrücklich. Auf Grund des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters vom 16.12.2004 (Korruptionsbekämpfungsgesetz in NRW) wurde diese Dienstanweisung erneut überarbeitet und angepasst.

Die Mandatsträger im Stadtrat Hilden und in den Ausschüssen sind nach der Gemeindeordnung dem Bürgermeister gegenüber verpflichtet, schriftlich Auskunft über ihre wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse zu geben, soweit sie für die Ausübung ihrer Tätigkeit im Rat oder in den Ausschüssen von Bedeutung sein können. Welche Angaben dies im Einzelnen sind, hatte der Rat der Stadt bereits 1980 erstmals festgelegt und zuletzt am 29. Juli 2005 überarbeitet. Darüber hinaus wurden in einer neugefassten Ehrenordnung die genannten Regelungen an die heutigen Erfordernisse entsprechend dem am 1. März 2005 in Kraft getretenen Korruptionsbekämpfungsgesetz (s.o.) angepasst.

Zusätzlich haben die dortigen Ratsmitglieder sich erstmals 2001 verpflichtet, eine Ehrenerklärung zu unterzeichnen, in dem sie sich unter anderem verpflichten, Korruptionsprävention in jeglicher Hinsicht "voranzutreiben" und z. B. Kenntnisse, die sie intern erhalten, nicht wirtschaftlich zu verwenden. Diese Verpflichtung haben die gewählten Ratsmitglieder per Beschluss am 13.10.2004 erneut bekräftigt.

Als weitere Maßnahme hat die Stadt Hilden seit März 2002 eine ehrenamtliche Ombudsstelle eingerichtet. Die in Hilden tätige Ombudsfrau ist Ansprechpartnerin für jeden, der Hinweise in Sachen Korruption geben kann (für sog. "whistleblower").

Seit Februar 2003 ist die Stadt Hilden als erste Gemeinde Mitglied in der internationalen Organisation "Transparency International", eine Organisation, die sich weltweit gegen Korruption und Vetternwirtschaft in Regierungs- und Verwaltungskreisen einsetzt. Ziel dieser Mitgliedschaft ist einerseits eine aktive Beteiligung im Kampf gegen Korruption, andererseits aber auch, offen ein Zeichen zu setzen, dass Korruption in der Stadt keine Chance haben darf.

Die meisten dieser Maßnahmen wurden ergriffen bevor der Landesgesetzgeber handelte und am 16.12.2004 das Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters (kurz: Korruptionsbekämpfungsgesetz) verabschiedete. Genau diesen Fakt halten wir für besonders bemerkenswert.

Abschließend: Die Serviceorientiertheit des Rathauses der Landeshauptstadt Potsdam und seine großen Fortschritte im Bereich Transparenz und Offenheit wurden durch Transparency

International vor Kurzem öffentlich hervorgehoben.

Auch die Landeshauptstadt Thüringens könnte dem Beispiel andere Städte folgen und mit den im Antrag genannten Maßnahmen für das gesamte Bundesland ein Zeichen setzen.